

27.10.2026 | Landwirtschaft

Christopher Vogt und Anne Riecke: FDP-Fraktion fordert Notfallfonds für die Betroffenen des Stromausfalls an der Westküste

Am 28. Oktober 2026 wird sich der Umwelt- und Agrarausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags auf Antrag der FDP-Landtagsfraktion mit dem großflächigen Stromausfall an der Westküste vom 18. Oktober 2026 befassen. Zu den Folgen des Stromausfalls und den für viele Bürgerinnen und Bürger entstandenen Schäden erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wir erwarten von der Landesregierung und dem Netzbetreiber im Ausschuss umfassende und transparente Aufklärung über die Ursachen und die entstandenen Schäden. Die schnelle Ermittlung der konkreten Ursache ist von elementarer Bedeutung, um eine mögliche Wiederholung bestmöglich verhindern zu können und um zu klären, wer am Ende für die immensen Schäden aufkommen muss. Dieser Vorfall muss ein Weckruf für alle Beteiligten sein. Für einen Sabotageakt wie zuletzt in Berlin gibt es ja offenbar keine Hinweise. Es wäre dann zu klären, ob die entstandene Überspannung ein technischer Fehler war, der eine Art Kettenreaktion ausgelöst hat, oder ob es ernsthafte Probleme beim Einspeisemanagement der erneuerbaren Energien gibt. Die Sicherungssysteme scheinen hier jedenfalls nicht funktioniert zu haben.

Wir danken den vielen Einsatzkräften und den Technikern des Netzbetreibers, die für schnelle Hilfe gesorgt haben. Dennoch müssen aus dem Stromausfall auch die richtigen Schlüsse für den Katastrophenschutz gezogen werden, zum Beispiel mit Blick auf die Kommunikation ohne funktionierendes Handynetz oder die Beatmung von Patienten in Pflegeeinrichtungen. Die betroffenen Stromkunden haben nach wie vor mit den Folgen zu kämpfen: Es gab einige Brandschäden, aber vor allem kaputte Maschinen, Haushaltsgeräte und Heizungsanlagen. Es geht bei vielen Menschen also auch um die elementare Versorgung. Wir fordern die Landesregierung zum Handeln auf und schlagen vor, einen Notfallfonds einzurichten, um schnelle und unbürokratische Hilfe zu ermöglichen. Bis die Ursache und die Schadensregulierung bei solchen Großereignissen geklärt ist, braucht es eine finanzielle Brücke, so wie dies bei der Ostsee-Sturmflut auch der Fall war.“

Die Dithmarscher Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**, ergänzt:

„Die Menschen an der Westküste brauchen mehr als Verständnis und warme Worte. Sie brauchen konkrete Hilfe und verbindliche Zusagen. Es kann nicht sein, dass die Betroffenen noch immer nicht wissen, ob und wie sie ihre Schäden ersetzt bekommen. Die Schäden sind da – und die Menschen dürfen mit ihren Sorgen nicht allein gelassen werden. Wer Menschen im Elektromarkt trifft, die verzweifelt versuchen, Ersatz für ihre kaputten Geräte zu finden, sieht, was dieser Stromausfall für die Betroffenen bedeutet. Viele haben ihre Haushaltsgeräte bereits finanziert und wissen jetzt nicht, wie sie neue Geräte bezahlen sollen. Gleichzeitig sitzen manche noch immer ohne warmes Wasser, Heizung oder funktionierende Küche da.

Wir brauchen jetzt schnelle, unbürokratische Hilfen, damit die Menschen ihren Alltag wieder bewältigen können. Die Schadensabwicklung darf nicht zur zusätzlichen Belastung für die Betroffenen werden. Unterschiedliche Zuständigkeiten, fehlende Zusagen und die ungelöste Frage, wer für beschädigte Geräte und deren Entsorgung aufkommt, überfordern viele Menschen. Wer einen Schaden erlitten hat, braucht Klarheit darüber, an wen er sich wenden kann und welche Unterstützung er erhält. Jetzt müssen verbindliche Entscheidungen getroffen werden – damit aus der ohnehin schwierigen Situation keine dauerhafte finanzielle Belastung für die Menschen wird.“



Christopher Vogt

Vorsitzender



Anne Riecke

Abgeordnete

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de